

Kundgebung der deutschnationalen Parteien über das Verhältnis zum Staate.

Wien, 12. April.

Heute vormittag trat der Verbandsausschuß der deutschnationalen Parteien unter dem Voritze des Obmannes Dr. Waldner zu einer Sitzung zusammen, in der zunächst die vom Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler den czechischen Parteien gegenüber abgegebene Erklärung, betreffend die Rede des Grafen Czernin, erörtert wurde. Hierbei machte der Obmann die Mitteilung, daß er und Abgeordneter Teufel wegen dieser Kundgebung mit dem Ministerpräsidenten bereits eine Aussprache hatten.

Weiter wurde die Notwendigkeit festgestellt, daß der auswärtige Ausschuß der Delegation so bald als möglich, jedenfalls aber vor der Tagung des Abgeordnetenhauses, zusammentrete. Der Obmann wurde beauftragt, den baldigen Zusammentritt des Ausschusses beim Ministerpräsidenten und beim Obmann des Ausschusses zu veranlassen.

Schließlich wurde nach Erörterung der innerpolitischen Lage und gewisser in dieser zutage getretener Anschauungen und Erscheinungen folgende Entschliebung einstimmig gefaßt:

Unser deutsches Volk in Oesterreich ist heute ebenso entschlossen wie am Beginne des Krieges, für die Erhaltung eines gesicherten Friedens bis zum Ende auszuhalten und ohne Wanken neue Opfer zu bringen. Diese Entschlossenheit ist aber nicht imstande, Stimmungen und Befürchtungen zu verhüten, zu denen die inneren Verhältnisse Anlaß geben. Es hat den Anschein, als bemühe man sich nicht um die Erfüllung unserer längst bekannten und als gerecht anerkannter nationaler Forderungen, namentlich des deutschen Volksstammes in Böhmen, sondern um die Durchführung von Theorien, die den slawischen Eroberungsbedürfnissen entsprechen und den Staat in neue Unordnung zu stürzen drohen. Auch vermißt man eine gleiche, geschweige denn eine dem Verhalten der deutschen und der slawischen Gebiete entsprechende Behandlung in den Ernährungsfragen. Es ist leicht begreiflich, wenn diese berechtigten Besorgnisse nicht immer den richtigen Ausdruck gefunden haben und wenn ausnahmsweise in Versammlungen Worte gefallen sind, die mit der Gesamtauffassung der deutschen Bevölkerung und mit der in allen Stürmen bewährten Haltung der deutschen Parteien in Widerspruch stehen.

Der Verbandsausschuß der deutschnationalen Parteien hält es daher für geboten, zu erklären, daß wir dem Beispiel slawischer Parteien, die sich in einem Gegensatz zum Staate gestellt haben, in keiner Weise folgen, sondern — abgesehen von der Haltung zur jeweiligen Regierung — in unserem Verhältnisse zum Staate eine Aenderung in keiner Weise eintreten lassen. Nicht auf unsere durch Jahrhunderte dem Staate gegenüber erfüllte Pflicht berufen wir uns, wohl aber auf die Opfer des deutschen Stammes an Gut und Blut in den letzten vier Jahren, die den Staat erhalten, uns aber mit ihm unzertrennlich verbunden haben. Darum geben wir den Staat nicht preis, wir wollen vielmehr durch eine konsequente und kräftige Politik die Leitung des Staates beeinflussen. Auf diese Weise werden wir am besten unsere Pflicht in Oesterreich gegen den Staat und gegenüber dem gesamten Deutschtum erfüllen, insbesondere auch für die Erhaltung und Stärkung des Bündnisses mit dem Deutschen Reich. Jeder Rückzug vom Staate und jede Ueberlassung desselben an unsere nationalen Gegner würde aber auch den wirtschaftlichen Neubau, die Ordnung der Finanzen und die bedrohte Existenz unseres nationalen Mittelstandes gefährden.

Der Verband der deutschnationalen Parteien bleibt daher im engen Anschlusse an die christlich soziale Partei auf der Grundlage einer kräftigen, nationalen Realpolitik, mit der wir durchdringen werden, wenn wir in geschlossener Einheit beisammen stehen.